

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 599

Mittwoch, 20. Januar 2016

23. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Jimmy Morales: "Es wird manche Anordnungen und einige nette Überraschungen geben".....	1
La Puya unterstützt den Stadtrat von San Pedro Ayampuc im Kampf für einen Baustopp.....	3
Massengrab in Cobán: Hohe Militärs wurden nach dreijährigen Ermittlungen festgenommen.....	4
Ermittlungsverfahren gegen FCN-Nación-Abgeordneten.....	5
Der Abgeordnete Mario Taracena von der UNE wird Kongresspräsident.....	5
Differenzierte Mindestlöhne temporär ausgesetzt.....	6
Biopsia – Januar/2016 Kolumne von Diana Vásquez:.....	7
Von der Erinnerung zu Versöhnung und Gerechtigkeit.....	7
ZFD-Fachkraft für die PDH Coban gesucht.....	7

Jimmy Morales: "Es wird manche Anordnungen und einige nette Überraschungen geben"

Der gewählte Präsident Jimmy Morales Cabrera gab eine knappe Woche vor seiner Amtseinführung am 14. Januar der größten Tageszeitung Prensa Libre ein Interview. Es fand im Hotel Adriatika in Zone 14 der Hauptstadt statt, wo Morales die letzten Monate gewohnt hat. Er werde zur Amtseinführung die Kabinettsliste bekannt geben und kündigte einige politische Angebote an – ähnlich wie es die PP vor vier Jahren gemacht hatte. Morales gab im Interview einige Hinweise auf seine ersten Aktivitäten als Präsident. Die Lektüre dieses Interviews lässt allerdings einige Fragen bezüglich der Durchführbarkeit der Versprechen Morales aufkommen.

Wie waren Ihre ersten Tage des neuen Jahres?

Das Jahr 2016 ist so ganz anders als alle vorherigen Jahre, die Gott mir geschenkt hat. Wir begannen das neue Jahr inmitten der Familie, wir reisten in die USA, um die ganze verstreut lebende Familie beisammen zu haben und gemeinsame Momente zu erleben. Wir sind nach Guatemala zurückgekehrt und hatten alle möglichen Treffen, um die Machtübergabe vorzubereiten und den Übergang innerhalb der verschiedenen Instanzen. (...)

Sie haben sich doch sicher auch mit CACIF getroffen?

Wir haben mit CACIF keine Verhandlungen geführt oder Vereinbarungen getroffen. Aber zum Beispiel war Andrés Botrán, der unserer Verantwortlicher für die Kommission zur Ernährungssicherheit ist, aktiv bei der Bekämpfung chronischer Unterernährung. Er hat ein Gespräch mit den ZuckerfabrikantInnen geführt, die sich freundlicherweise verpflichtet haben, 50 Bezirke an der Südküste zu unterstützen – als ein Teil der sozialen Verantwortung der Unternehmen, um die chronische Unterernährung durch eine gemeinsame und koordinierte privat-staatliche Anstrengung zu bekämpfen. Peru hat so innerhalb von sieben Jahren die chronische Ernährung um 15 % gesenkt und wir haben uns eine Zielvorgabe von zehn Prozent in vier Jahren gesetzt.

Die chronische Unterernährung in vier Jahren um zehn Prozent zu senken, hat die PP auch versprochen. Was werden Sie anders machen, um das zu erreichen?

Wir analysieren deren Programm „Null-Hunger-Pakt“ genauestens und finden ungefähr 76 Aktivitäten für 274 Produkte in 166 Bezirken. Mit anderen Worten: die Massnahmen sind total verstreut, je zersplitterter aber die Ressourcen sind, desto weniger bringen sie adäquate Ergebnisse. Wir werden die Zahl der Produkte reduzieren, uns mehr fokussieren. Wir werden in der ersten Phase in den Departements Huehuetenango, Quiché, Alta Verapaz und Chiquimula beginnen und uns auf die interinstitutionelle Zusammenarbeit konzentrieren.

Wie viel Geld wird der Regierung dafür haben?

Wie viel auch immer wir uns wünschen, wenn es kein Geld gibt, nützt es nichts. Es fragt sich, von wessen Bereitschaft, Geld zu geben, wir sprechen – nur der Regierung oder der Menschen im gesamten Land? Das Gesetz über die Steuerbehörde (SAT) muss neu gefasst werden. Wir müssen die SAT so verändern, dass sie bei der Generierung von Steuereinnahmen effizient arbeitet. Die Botschaft, die ich den GuatemaltekenInnen an dieser Stelle geben will, ist, dass jeder Quetzal, der nicht für die Mehrwertsteuer abgeführt wird, eine Tablette weniger in Hospitälern bedeutet. Das meine ich, wenn ich von dem notwendigen guten Willen aller spreche. Was gibt es sonst zu sagen? Sehr grosszügige Menschen haben uns Spenden gegeben, etwa 100 Mio. Quetzales (11 Mio. Euro), die wir für Medikamente und MitarbeiterInnen in Hospitälern ausgegeben haben, damit wir beginnen können, das Geld in einer angemessenen Weise und spezifischer Logistik zu verteilen. Das alles ist ausserhalb des Regierungshaushaltes. Es sind Initiativen von nationalen und internationalen Privatunternehmen und Einzelpersonen, die erfolgreich Spenden sammeln konnten. Zweites Element: Gerade sagte ich, dass wir uns wünschen, dass die Sektoren, die sich mit sozialer Unterstützung befassen, etwa die Rotarier, an der nationalen Aufgabe teilhaben sollen. Privatpersonen sind aufgerufen, sich mit dem Ministerium für soziale Entwicklung zu treffen, damit diese keine Hilfe für ein bestimmtes Klientel gibt, sich damit entpolitisiert.

Sie nannten Andrés Botrán, wer wird noch in ihrem Kabinett sitzen?

(Lächelt) Sie wollen mir Informationen entlocken. Es gibt ja in den verschiedensten Medien einige Listen von KandidatInnen [*siehe ;Fijáte! 598*]. Wir werden sehen, wer die besten Informationen beschaffen konnte. Es gibt da manche Namen, die richtig sind, manche natürlich nicht [*Die Liste findet sich weiter unten in der Ausgabe, d.Red.*]. (...)

Aber repräsentiert das neue Kabinett die verschiedenen Sektoren?

Wir haben ein Auswahlverfahren gehabt. Alles, was wir im Wahlkampf gesagt haben, war wahr. „Und sie haben kein Team?“ fragten sie und ich antwortete: „Im Gegenteil, unser Team ist Guatemala.“ Und aus all diesen Sektoren baten wir Menschen, uns ihre Lebensläufe zu senden, und wir wählten Personen aus, die aus dem akademischen Bereich kamen, aus der Praxis, die dem Profil nach passten. Ja, wir wählten aus allen Sektoren aus: Männer, Frauen, Indigene, Garifuna, viele Sektoren werden repräsentiert werden. (...)

Welche Kommissionen werden Sie abschaffen, welche neue schaffen?

In Bezug auf Copret, der Kommission für Transparenz im Präsidentschaftsamt, gab es Gespräche mit dem gewählten Vizepräsidenten, Jafeth Cabrera, darüber, diese abzuschaffen bzw. die Verantwortung für das Thema dem Vizepräsidenten zu übertragen. Bei anderen werden wir prüfen, ob manche vielleicht zusammengelegt werden können, um die Ausgaben effizienter zu gestalten, gerade in den Zeiten der wirtschaftlichen Probleme, die wir haben. Vielleicht gibt es aber auch die Notwendigkeit, neue Kommissionen zu schaffen, z.B. in Bezug auf internationale Beziehungen: das reicht von internationalem Handel bis zur Werbung für unsere touristischen Attraktionen. Im Tourismus müssen wir einige Ressourcen in die Hand nehmen, denn wir haben so viele Sehenswürdigkeiten, die so wenig ausgebaut und entwickelt sind, ja, wir denken, dass das ein wichtiges Thema wäre und einer speziellen Aufmerksamkeit bedarf – also womöglich einer zusätzlichen Kommission.

Was wird Ihre erste Amtshandlung nach Übernahme der Präsidentschaft sein?

Es (...) wird einige nette Überraschungen im Bereich Gesundheit geben, im Bereich des Wiederaufbaus des Landes und im Bereich Ernährungssicherheit.

Welche Ziele haben Sie sich für die ersten hundert Tage vorgenommen?

Es ist schwierig, über die ersten hundert Tage zu sprechen. Wir planen für hundert Tage, 365 Tage, Tausend Tage, 1.400 Tage, denn wir wollen zu einem ganz anderen Land werden. Allerdings müssen wir angesichts der Situation, in der sich unser Land befindet, wo uns das Wasser bis zum Hals steht, die hohen Erwartungen über das, was wir tatsächlich erreichen können, zurückschrauben. Ansonsten würden wir einen Fehler machen. Wir werden mit allem Enthusiasmus an die Arbeit gehen, die Ressourcen so hoch setzen wie möglich, aber die Versprechen betrafen 'nur' die Grundversorgung, Medikamente in den Krankenhäusern zum Beispiel. Sonst sterben die Leute wegen fehlender Arzneien.

Wie sieht es bei der Bildungspolitik und der Wirtschaft aus?

In der Bildung müssen wir einen technologischen Sprung vollziehen. Im ersten Jahr wird das schwierig sein, aber wir werden im zweiten Jahr alles unternehmen, um Pilotprojekte in 44 Bezirken durchzuführen, bei dem jedes Kind einen Tabletcomputer erhält. Wir werden zwei Jahre daran arbeiten und wenn die Ergebnisse gut sind, werden wir die Idee dieses Projektes für alle SchülerInnen einführen, damit wir im vierten Jahr ein gutes Bildungssystem haben. Von hundert Prozent der SchülerInnen zu sprechen, ist nicht einfach, aber wir werden Schritt für Schritt die neue Technologie in die öffentliche Bildung einführen. Ein Tablet muss natürlich verknüpft werden mit dem Internet, mit verlässlicher Stromversorgung und so weiter.

Das führt uns direkt zur wirtschaftlichen Entwicklung. Sie bedeutet den verschiedenen Teilen des Landes wirtschaftliche Möglichkeiten zu eröffnen. Das, worüber wir gesprochen haben, hat zu tun mit einer territorialen Planung in nationaler Perspektive, also der Bau von Wohnraum, Infrastruktur und territoriale Ordnung in einigen Schwerpunktregionen: Huehuetenango, Quetzaltenango, Cobán, Santa Cruz del Quiché, Coatepeque, Mazatenango, Chiquimula, Izabal und Petén.

Gab es bereits Gespräche mit anderen Parteien im Kongress?

Nein, bisher nicht. Ich muss die Autonomie einer jeden Institution respektieren, ebenso wie die Gewaltenteilung. Ich glaube zugleich, dass der Kongress nicht riskieren will, was der Exekutive im vergangenen Jahr passierte. Ich vertraue in die Stärke des Volkes, ich vertraue darauf, dass das Volk den Gewählten zutraut, eine andere Regierungsarbeit zu verrichten und wir werden beweisen, dass es in seinem Vertrauen richtig liegt. Aber das Volk ist gegen Korruption und wenn die traditionelle Politik sich in den Institutionen breit macht, glaube ich nicht, dass das Volk das verzeihen wird. Ich verstehe deren Zweifel gegenüber dem neuen Kongress, aber ich glaube, dass Guatemala sich verändern wird und dass die neue Legislative den Willen hat, nicht der Exekutive zu helfen, sondern Guatemala. Und wenn sie das nicht tut, wird Guatemala es von ihnen einfordern, weil sie vom Volk gewählt worden sind. Es sind nicht nur die 11 der FCN, sondern 158.

Wie waren in den letzten Monaten Ihre Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft? Haben Sie sich mit dem Leiter der CICIG getroffen?

Ich habe gute Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft. Ich habe mich mit einigen von ihnen bei verschiedensten Gelegenheiten getroffen, sowohl während des Wahlkampfes, also auch nach der Wahl. Wir hatten Gespräche über die Sorgen, die wir auf beiden Seiten hatten, und immer über die grundlegenden Probleme des Landes. Die Internationale Gemeinschaft hat sich sehr viele Prioritäten gesetzt und von daher glaube ich, dass es unmöglich ist, alle diese Ziele zu erreichen, weil wir zu viele Prioritäten haben und zu wenige Ressourcen. Die Ergebnisse sind ja aktuell mehr als sichtbar. Wir selbst haben da weniger Prioritäten, was nicht heisst, dass die anderen weniger wichtig seien. Aber diese wenigen sind für uns eben besonders dringlich. Zudem konzentrieren wir uns auf das, was wir als Nation wichtig finden, ohne freilich das übrige unbeachtet zu lassen. Zum Beispiel ist die Allianz für Wohlstand für uns eine grosse Chance, wir müssen uns verbessern, von der Korruption befreien, unsere Ressourcen dorthin geben, wo sie wirklich nötig sind.

Werden Sie ihr Vermögen offen legen?

Ich, Jimmy Morales, werde das tun, weil ich es versprochen habe. Nach dem Amtseid werden wir eine Präsentation der Vermögensdaten erstellen und dann öffentlich machen. Ich möchte, dass die Leute erkennen, dass ich keine Angst habe, weil ich nicht (ins Präsidentenamt) gekommen bin, um (damit) Geld zu verdienen.

Und Ihr Kabinett?

Ich weiss nicht. (...) Ich kann die Leute nicht zu etwas verpflichten, zu dem sie nicht gesetzlich verpflichtet sind. Denken Sie daran, dass Guatemala kein sicheres Land ist, sondern eines, in dem Personen ein hohes Risiko eingehen. Ich möchte keine Leute dem Druck der Medien aussetzen.

(Anmerkung der Redaktion: Die letzten beiden Fragen wurden aus dem mit Zitaten des Präsidenten bespickten Prosa-Text am Ende des Interviews zusammengestellt, um die Form des Textes – im Gegensatz zum Original - zu wahren.)

La Puya unterstützt den Stadtrat von San Pedro Ayampuc im Kampf für einen Baustopp

San Pedro Ayampuc, 8. Jan. Die Gemeinden San Pedro Ayampuc und San José del Golfo, beide im Department Guatemala gelegen, die zusammen den „Friedlichen Widerstand von La Puya“ bilden, erklärten ihre Unterstützung für den Gemeinderat von San Pedro Ayampuc, die beschlossen haben, die Bauarbeiten der Bergbaufirma Exploraciones Mineras de Guatemala (EXMIGUA S.A.) auszusetzen. In einer Pressekonferenz erklärten die RepräsentantInnen der Gemeinden, dass der Ratsvorsitzende von San Pedro Ayampuc am 5. Januar den Ratsbeschluss 29-2005 in Kraft gesetzt hat, der in seinem Punkt 5 besagt, dass die Bauarbeiten des Minenprojektes Progreso Derivada VII (deutsch etwa Wandel zum Fortschritt), Eigentum von EXMIGUA, auszusetzen sei.

Grundlage ist eine Verfügung des dritten Senats des Ersten Zivilgerichts vom Juli 2015. Als Vertreterin von La Puya berichtete Miriam Pixtum, dass nach der Inkraftsetzung des Baustopps das Unternehmen mit Hilfe von PolizeibeamtInnen den Beschluss unterließ, indem sie Container auf das Gelände liessen, um mit den Bauarbeiten fortzufahren. Daraufhin haben die Gemeinden das Verfassungsgericht angerufen, um den Baustopps durchzusetzen.

Nach Angaben der AnwältInnen der Organisationen habe die Bezirksverwaltung laut Gesetzeslage die Möglichkeit Bauarbeiten auszusetzen, die ohne vorhandene Baugenehmigungen durchgeführt werden. Es läuft ein Strafverfahrensantrag bei der Staatsanwaltschaft (MP) gegen EXMIGUA wegen des Vorlegens einer fälschen Genehmigung. Darüber hinaus stellten die AnwältInnen klar, dass die Aussetzung nicht gleichzeitig das Verbot der Ausbeutung bedeute, aber es sei eine Vorgeschichte, auf die sich die Bezirksverwaltung stützt. (Cerigua)

Massengrab in Cobán: Hohe Militärs wurden nach dreijährigen Ermittlungen festgenommen

Guatemala, 7. Jan. Nach dreijährigen Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft (MP) am 6. Januar 18 hochrangige pensionierte Militärs festgenommen. Sie werden für Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wegen dem erzwungenen Verschwindenlassen der Zivilbevölkerung während des Bürgerkrieges verantwortlich gemacht. Die bekanntesten Verhafteten sind Benedicto Lucas García, der Bruder des ex-Diktators, Romeo Lucas García, und ehemalige Leiter des Heeresstabes in der Zeit von 1978 und 1982, und Byron Barrientos, Ex-Innenminister unter der FRG-Regierung von Alfonso Portillo. Letzterer war bereits 2007 wegen Veruntreuung von Staatsgeldern zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden, wurde jedoch durch eine Strafmilderung 2008 freigelassen, obwohl er noch vier Jahre hätte absitzen müssen. Die Festnahmen fanden in den Departements Guatemala und Alta Verapaz statt und wurden von der MP-Abteilung für Menschenrechtsverletzungen und die Nationalpolizei ausgeführt.

Fall „Plan de Sánchez“

Die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana, sagte gegenüber der Presse, dass die Ermittlungen unter dem Namen „CREOMPAZ“ im Februar 2012 begannen, später habe die Gerichtskammer A für besonders schwere Fälle Verurteilungen gegen fünf Personen in einem Prozess verkündet, der als „Plan de Sánchez“ bekannt ist. In diesem Fall hat das Gericht die Staatsanwaltschaft angewiesen, die diesbezüglichen Vorkommnisse die durch ZeugInnenaussagen im Prozess bekannt wurden, zu ermitteln. Sie legten nahe, dass in der Militärzone Nr. 21 in Cobán, Departement Alta Verapaz, ein geheimes Massengrab existiere, in dem mehr als 500 Opfer begraben liegen. Während der Ermittlungen, so berichtet Aldana weiter, seien 14 Orte ausgegraben worden und in vier von ihnen wurden menschliche Überreste gefunden, die dort, mit Spuren vorheriger Gewaltanwendung, gemeinsam vergraben wurden. „Als wir die Informationen erhielten, konnten wir die Überreste dank der Details über verschwundene Personen konkreten Opfern zuordnen. Wir stellten die Befehlskette der Zuständigen Militärs in Alta und Baja Verapaz fest, darunter fand sich Lucas García“, fügte sie hinzu.

Die Untersuchung wurde von der Stiftung für Forensische Anthropologie in Guatemala (FAFG) durchführt. Sie stellten fest, dass die Personen durch Schnitte im Nackenbereich sowie durch Schläge und Feuerwaffen hervorgerufene Verletzungen im Schädel, wie auch im Brustbereich getötet wurden. Den Opfern wurden die Augen verbunden, die Hände gefesselt. Zudem wurden andere Gegenstände genutzt, um sie an den Knöchel oder anderen Bereichen festzumachen.

Die MP versicherte, dass die Militärzone 21, die zur Zeit als Trainingsort für die Friedenstruppen der Vereinten Nationen dient, früher ein Zentrum für Folter und geheime Exekutionen war, deren Opfer anschliessend in Massengräber verscharrt wurden. Diesen Massakern, die den ehemaligen Militärangehörigen zur Last gelegt werden, fielen Kinder, Männer, Frauen und ältere Menschen zum Opfer und sind mit die schlimmsten Fälle von Verschwindenlassen in Lateinamerika, sagte Aldana. Die 558 gefundenen menschlichen Überreste gehören zu 90 Minderjährigen, 443 Erwachsenen und 22, deren Alter nicht bestimmt werden konnte [*Leider ergibt der Quelltext hier nur eine Summe von 555, d.Red.*]. Nur 97 Personen konnten eindeutig identifiziert werden.

In Bezug auf diesen Fall wurden folgende Personen festgenommen: Manuel Benedicto Lucas García, Edgar Rolando Hernández Méndez, Israel Segura Abularach, Pablo Roberto Saucedo Mérida, César Augusto Ruiz Morales, Juan Ovalle Salazar, José Antonio Vásquez, Gustavo Alonzo Rosales García, Carlos Humberto Rodríguez López und Raúl Deesa Olivares.

Verschleppte der Familie Theissen

Wegen des Verschwindenlassens des minderjährigen Marco Antonio Molina Theissen am 6. Oktober 1981 wurden Francisco Luis Gordillo Martínez, Edilberto Letona Linares, Hugo Ramiro Zaldaña Rojas und Manuel Antonio Callejas Callejas verhaftet. Das Opfer wurde im Stadtteil La Florida von drei mutmasslichen Mitgliedern des Militärs in Tarnanzügen vor den Augen seiner Mutter Emma Theissen Álvarez verschleppt. Wenige Tage zuvor, am 27. September 1981, wurde die Schwester des Opfers, Emma Guadalupe Molina Theissen, in einem Militärcamp in Santa Lucía Utatlán, Sololá, festgehalten, da sie Dokumente bei sich hatte, die als politische Propaganda eingestuft wurden. Danach wurde sie in eine Militärzone gebracht, wo sie gefoltert und vergewaltigt wurde. Sie konnte jedoch neun Tage später fliehen.

Am 26. April 2004 erkannte der guatemaltekische Staat vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte seine Verantwortung für das Verschwindenlassen des Minderjährigen an. Später verurteilte das Gericht Guatemala wegen dieses Falles und ordnete an, das Opfer zu suchen und die für die Tat Verantwortlichen zu ermitteln und zu verurteilen. Nach dieser Entscheidung ermittelte die MP zehn Jahre lang und erreichte durch verschiedene Gutachten und ZeugInnenaussagen, die Dokumenten des Verteidigungsministerium gegenübergestellt wurden, dass die Haftbefehle gegen die vier Personen ausgestellt werden konnten.

Erste Anhörung vor Gericht

Während der ersten Anhörung der angeklagten Militärs vor dem Gericht A für schwerwiegende Fälle, das von der Richterin Claudette Domínguez geleitet wurde, hat der Anwalt Moisés Galindo mal wieder seine zweifelhaften Fähigkeiten vorgeführt, als er einen Abbruch der Anhörung verlangte. Sein Argument war, dass das Gericht nicht die Kompetenz habe, diesen Fall zu verhandeln. Galindo sagte ebenso, dass man sich entscheiden müsse, ob die Delikte, die seinen Kli-

enten vorgeworfen werden, über das Gesetz zur Nationalen Versöhnung amnestiert worden seien. Das müsste der Oberste Gerichtshof (CSJ) beurteilen. Die Richterin Dominguez lehnte den Antrag der Verteidigung ab und erklärte, dass das Gericht sehr wohl zuständig sei, wie etwa die rechtliche Grundlage für diese besonderen Gerichte besage. (Cerigua)

Ermittlungsverfahren gegen FCN-Nación-Abgeordneten

Guatemala-Stadt, 14. Jan. Die Staatsanwaltschaft (MP) hat ein Ermittlungsverfahren gegen den neu gewählten Kongressabgeordneten Edgar Justino Ovalle Maldonado beantragt. Dieser ist der Generalsekretär der Front der Nationalen Übereinstimmung (FCN-Nación), also jener Partei, die Jimmy Morales ins Präsidentenamt brachte. Er gilt als dessen rechte Hand. Gegen ihn wird wegen des Falls „Plan de Sanchez“ ermittelt. Ovalle Maldonado ist pensionierter Oberstleutnant, Gründer der rechtsextremen Vereinigung der Militärveteranen Guatemalas (Avemilgua). 1983 war er Offizier in der Militärbasis von Cobán, Alta Verapaz, also dort wo die Fälle des Verschwindenlassens stattfanden. Der gerade eingeführte Präsident Morales, der in einem Interview mit Nomada im Herbst noch gesagt hatte, die schon damals gegen Ovalle erhobenen Vorwürfe müssten aufgeklärt werden, muss nun reagieren, wie er mit einer der führenden Kräfte (designierter Generalsekretär) in seiner Partei umgehen muss. Gegen die Verhaftung der Militärs und die Ermittlungen gegen Ovalle läuft ein Einspruch beim Verfassungsgericht. Der Grund ist der selbe, den der Anwalt Moisés Galindo bereits in der ersten Gerichtsanhörung angebracht hatte: das Amnestiegesetz, das Teil des Friedensabkommens war.

Der Abgeordnete Mario Taracena von der UNE wird Kongresspräsident

Guatemala, 13. Januar - Der erfahrene Abgeordnete Mario Taracena von der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) ist von den traditionellen und grossen Fraktionen zum Kongresspräsidenten für das Jahr 2016 gewählt worden. Nach einigen Wochen der Diskussion gab es in der Nacht zum Dienstag eine Einigung, die am Mittwoch offiziell verkündet wurde. Vereinbart haben dies: UNE (z. Zt. 34 Abgeordnete), MR (21), TODOS (18), UCN (7), EG (7), VIVA, CREO-Unionista und PAN je 5, also insgesamt 102 Abgeordnete von 158.

Weiterhin haben diese Fraktionen vereinbart, in diesem Jahr Reformen der Gesetze über die Struktur der Legislative, über das Wahlgesetz und die Parteien, des Justizsektors und der Staatsanwaltschaft sowie des Gesetzes über Zivile Dienstleistungen einzuleiten. Ziel sei es, die Bedingungen für eine bessere Regierungsarbeit, politische Reformen und die Weiterentwicklung der Justiz zu schaffen.

Außen vor bleiben bei der Vereinbarung zunächst die wenigen verbliebenen PP-Abgeordneten (4), LIDER (11), Alianza Ciudadana (10), Progresista (meist ex-LIDER, ca. 14), Fuerza (3), FCN-Nación (11) sowie die linken Parteien (Convergencia: 3, URNG und Winaq, je 1). Letztlich gewählt haben ihn dann aber 120 von 157 anwesenden Abgeordneten.

Das Präsidium sieht also wie folgt aus:

Präsident des Kongresses: Mario Taracena – UNE

Erster Stellvertreter: Oswaldo Iván Arévalo Barrios – Movimiento Reformador, MR (gewählt für PP, aus Totonicapan)

Zweiter Stellvertreter: Felipe Alejos Lorenzana – TODOS

Dritter Stellvertreter: Rudy Roberto Castañeda - UCN

Erster Sekretär: Carlos Barreda Taracena – UNE

Zweiter Sekretär: Luis Alberto Contreras – Unabhängige/MR (gewählt für PP, San Marcos)

Dritter Sekretär: Roberto Kestler Velásquez - TODOS (aus Chimaltenango)

Vierter Sekretär: Oscar Chinchilla Guzmán – CREO – Unionistas (aus Guatemala-Stadt)

Fünfter Sekretär: Anibal Estuardo Rojas Espino – VIVA (aus Guatemala-Stadt)

Von Luis Rabbé, der bisherige Parlamentspräsident, weiterhin bei LIDER, heisst es – so Cerigua – er habe seinen KollegInnen einen hohen Geldbetrag dafür angeboten, dass sie ihn erneut zum Präsidenten wählen.

Die Partei des neuen Präsidenten - FCN-Nación – bleibt draussen

Die Vereinbarung zwischen den führenden Fraktionen findet ohne die Partei des neuen Präsidenten Jimmy Morales, die FCN-Nación statt, da diese sich mit anderen zusammengesetzt hatte, um die UNE aus dem Präsidium fernzuhalten.

Deren Abgeordnete Javier Hernández versicherte, dass es innerhalb seiner Fraktion gar keinen Konsens darüber gebe, irgendjemanden zu unterstützen, weil sie nämlich die Personen, die in Frage kämen, gar nicht kennen würden.

Allerdings haben Abgeordnete anderer Fraktionen bestätigt, dass die Abgeordneten der FCN-Nación versucht hätten, den Präsidiumsvorsitz für ihre Partei zu ergattern, die UNE habe sich jedoch als Hemmschuh herausgestellt. So waren für sie Carlos Barreda und Orlando Blanco nicht wählbar, da diese Verbindungen zur Guerilla gehabt hätten. *[Das kann als ein weiteres Indiz dafür gewertet werden, dass FCN-Nación auch weiterhin eine Partei des Militärs ist. Ein anderes*

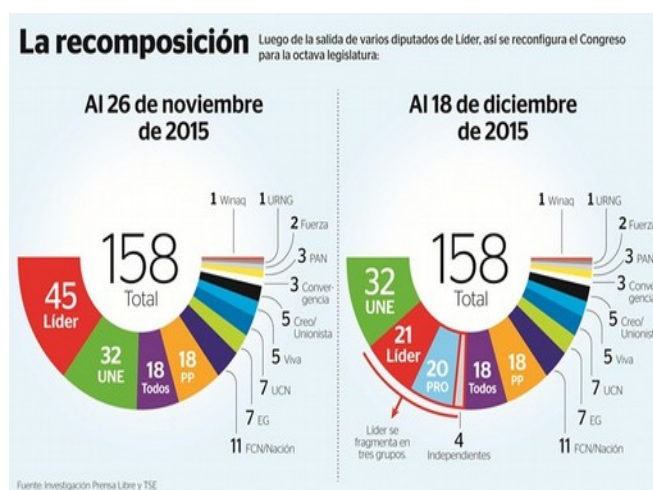
ist natürlich das Ermittlungsverfahren gegen den FCN-Nación-Abgeordneten Edgar Ovalle, siehe oben, d. Red.] Javier Hernández verneinte solche Unterstellungen über die Guerilla-Verbindungen und erklärte, dass allein die Ehrbarkeit und Arbeitsweise der KandidatInnen für die Entscheidungen eine Rolle spielen. Carlos Fión von CREO sagte, dass FCN-Nación zu den Gesprächen eingeladen worden seien, jedoch abgelehnt hätten. Bekannt sei freilich, dass es Annäherung von FCN-Nación an andere Fraktionen gegeben hat, etwa an TODOS und einige LIDER-PolitikerInnen, es habe jedoch keinerlei Einigung gegeben, was sie noch weiter von den Kongressposten entfernt habe. Laut Barreda habe die Regierungspartei an Verhandlungen teilgenommen, sei aber nach den Ermittlungen gegen Ovalle gegangen. Hernández spielte die Bedeutung herunter und sagte, dass es im Kongress 158 Teilinteressen gebe, die sich auf 12 bis 13 Fraktionen verteilten, die ihrerseits ihre Interessen hätten. Keine/r hätte real eine Chance gehabt, den Kongressvorsitz zu ergattern.“

Die Zahl und Stärke der Fraktionen im Kongress hat nichts mit dem Wahlergebnis zu tun!

Die ¡Fijáte!-Redaktion hat vergeblich versucht, die exakte Sitzverteilung und Fraktionsstärke im neuen Kongress herauszufinden. Sie hat aber keine einheitliche Zahlen gefunden. Wenn die Ergebnisse der Parlamentswahlen zu Rate gezogen werden würde, ergäbe sich in etwa die auf der linken Seite des Schaubildes erkennbare Sitzverteilung.

Inzwischen sieht sie gänzlich anders aus. Eine wahrscheinliche ist auf der rechten Seite zu sehen. Laut *Diario Digital* vom 14. Januar sieht der Kongress wie folgt aus: **UNE: 32 Abgeordnete, MR (21), Pro (20), Todos (17), FCN Nación (11), Alianza ciudadana (10), LIDER (10), UCN (7), Encuentro por Guatemala (7), CREO-Unionista: 5, Viva (4), PP (4), PAN (3), Convergencia (3), Winaq-URNG (2), Fuerza (2).** Verfügten also die zwei mit Abstand stärksten aus der Wahl hervorgegangenen Parteien über zusammen 77

Stimmen, so haben sie nun noch 42. Nimmt man die zwei nächstgrösseren hinzu ist der Aderlass noch grösser: von 112 auf 63. Die Hoffnung, dass der Kongress seine traditionelle Politik nicht vorsetzen werde, die Präsident Morales im Interview geäußert hatte, ist offenbar schon Makulatur, bevor die Arbeit überhaupt begonnen hat. Bleibt die Hoffnung, dass das Volk eine andere Politik einfordern wird.



Differenzierte Mindestlöhne temporär ausgesetzt

Guatemala, 8. Jan. Das Verfassungsgericht suspendierte einstimmig, die Regierungsabkommen über differenzierte Mindestlöhne, die in vier Departements des Landes gültig waren. Allerdings nur zeitweilig. Dies ist die Antwort auf die rechtlichen Einwände des Menschenrechtsombudsmanns (PDH) und der Gewerkschaften. Noch bevor das Verfassungsgericht dieses Urteil fällte ging ein weiterer Einspruch wegen Diskriminierung gegen das Gesetz ein, gestellt durch den neu gewählten Abgeordneten Álvaro Velásquez von der linken Convergencia.

Das Gesetz wurde im September 2015 vom Übergangspräsidenten Maldonado abgeseignet. Bereits 2014 hatte der Ex-präsident Otto Pérez Molina vier Abkommen unterschrieben, die differenzierte Mindestlöhne für verschiedene Stadtkreise festsetzte. Auch diese wurden vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt.

In zwei Wochen sollen der Präsident, die vier wichtigsten Gewerkschaften des Landes, das Arbeitsministerium, die CA-CIF, das Nationalinstitut für Statistik und die Staatsanwaltschaft ihre Argumente vorbringen, damit das Gericht eine Entscheidung treffe.

Das PDH argumentiert, dass „die gleiche Arbeit gleich bezahlt werden muss. Es kann nicht sein, dass eine Person für die gleiche Arbeit, die auch eine andere erbringt, weniger bezahlt bekommt“. Valerie Juilland von den Vereinten Nationen in Guatemala sagte, „dass die Reduzierung der Mindestlöhne nicht hilft, die Armut zu bekämpfen. Eine Arbeit, die es nicht erlaubt seine Familie zu ernähren, ist nicht in Ordnung“. Die Internationale Arbeitsorganisation könnte sogar Guatemala wegen der Missachtung internationaler Übereinkommen bestrafen.

Alejandro Maldonado hatte am 6. Januar gegenüber einer studentischen Protestaktion so argumentiert: „Wenn Sie das Gehalt nicht passend finden, dann sollen Sie es nicht nehmen, es wird schon jemand anderes kommen, der eine kranke Mutter hat, und es akzeptieren“ (CEG, Soy 502)

Biopsia – Januar/2016 Kolumne von Diana Vásquez:

Von der Erinnerung zu Versöhnung und Gerechtigkeit

Mit diesem Jahr 2016 kommt die Erinnerung an die Geschichte wieder in die öffentlichen Diskussionen. Es geht um die Geschichte eines Landes, sie innerhalb des Landes noch immer nicht anerkannt wird. Während des internen bewaffneten Konflikts (1960-1996) folterte die guatemaltekische Armee, sie liess Menschen verschwinden und ermordete tausende Personen, die als minderwertig katalogisiert wurden: Weil sie Indigene waren, BäuerInnen, weil sie in Armut lebten, weil sie grundlos und ohne Beweise beschuldigt wurden, die Guerillagruppen zu unterstützen. Es war aber die unbewaffnete Zivilbevölkerung. Es starben Kindern, ältere Menschen und Frauen, die zuvor vergewaltigt wurden. Aber in Guatemala schockt das niemanden. Es ist eine konfuse, weit zurückliegende Geschichte, wie ein schlecht erzähltes Märchen, wo die Zeitabläufe durcheinander gerieten

Am 6. Januar diesen Jahres wurden 18 pensionierte Militärs von der Abteilung für Menschenrechte der Staatsanwaltschaft festgenommen. Sie werden schwerer Menschenrechtsverletzungen während des Konflikts beschuldigt. Damals sassen sie auf wichtigen Posten der Befehlskette und heute sind sie des erzwungene Verschwindenlassens und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana bestätigte bezüglich diesen neuen Falls: „Die Fälle, die wir dokumentiert haben, sind Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, gegen Nicht-KombattantInnen, darunter Kinder“, es ist einer „der grössten Fälle erzwungenen Verschwindenlassens in Lateinamerika“.

Das stellt uns direkt vor eine sehr wichtige Aufgabe, von der wir noch nicht wissen, wie wir sie lösen können: die nationale Aussöhnung. Für die Versöhnung eines Landes ist das Recht auf Wahrheit über die Verbrechen und das Erlangen von Justiz eine unabdingbare Voraussetzung, bevor diejenigen, die den Schmerz und den Terror verursachten und den wir noch heute weitervererben, körperlich verschwinden. Es hat Fortschritte gegeben, wie das Urteil von 80 Jahren Haft gegen den Völkermörder Ríos Montt im Mai 2013 (obwohl der Prozess 2016 zum dritten Mal durch Rechtsmittel und aufgrund der Interessen der unternehmerischen und militärischen Eliten suspendiert wurde). Oder das Urteil von 7710 Jahren Gefängnis, welches ein Gericht gegen fünf Exmitglieder der Zivilen Patrouillen im März 2012 für das Massaker Plan de Sánchez am 18 Juli 1982 erhielten.

Trotz der Anzahl der Leichname und der Gräueltaten, die begangen wurden, sind die Armee und die „antikommunistischen“ Ideen noch präsent. Am Samstag, dem 9. Januar demonstrierten etwa 1.500 Personen auf dem Platz der Verfassung für die Freilassung der verhafteten Militärs. Sie trugen Plakate mit der Aufschrift: „Dank der Armee haben wir eine vielversprechende Zukunft“, „Wenn sie nicht gewesen wären, könnte ich nicht die Freiheit geniessen“. Vor Ort musste die Polizei einen Bereich abgrenzen, in dem sich eine kleine Gruppe von BürgerInnen befand, die seit dem letzten Jahr dort ausharrten, um Veränderungen des Justizsystems zu fordern. Es war auch das erste mal seit den Protesten vom April 2015, dass es zu verbalen Aggressionen auf dem Platz kam. Über die Geschichte zu diskutieren, über die Opfer und die Rolle des Militärs bei den Massakern, reibt die Nerven derer auf, die die Armee unterstützen.

Die Information wird weiterhin verdreht und man unterschlägt die Bedeutung, dass 97% der Verbrechen gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung von der Armee begangen wurden. Ausserdem versucht man auf rechtllichem Weg das Unverteidigbare zu verteidigen: Amnestie für die Beschuldigten zu fordern. Alfredo Sosa Díaz, Chef des Generalstabs der Armee, präsentierte dem Verfassungsgericht eine Klage, die versucht, Artikel 8 des Nationalen Aussöhnungsgesetz zu unterlaufen, damit Verbrechen wie Völkermord, Folter und erzwungenes Verschwindenlassen nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden können, was gleichbedeutend damit ist, die Justiz zu hindern, die tiefen Wunden des Landes zu heilen.

Die Fortschritte der Übergangsjustiz machen die Rückschritte in anderen Teilen Lateinamerikas umso deutlicher. Wir werden viel Unterstützung brauchen, damit sie sich nicht gegenteilig auswirken und damit wir eine echte Versöhnung mit unserer Vergangenheit und unserer Gegenwart erlangen können.

ZFD-Fachkraft für die PDH Coban gesucht

Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sucht für den Standort Coban in Guatemala eine **ZFD-Fachkraft als Berater/in der nationalen Menschenrechtsbehörde (PDH) zum Aufbau eines Konfliktanalyse- und Frühwarnsystems zur Gewaltprävention (JOB-ID: 25219)**

Das Programm Ziviler Friedensdienst leistet in Guatemala einen Beitrag zur Stärkung der Menschenrechte und Förderung gewaltfreier sozialer Beziehungen und unterstützt damit den 1996 begonnenen Friedensprozess. Eine der wichtigsten nationalen Menschenrechtsinstitutionen ist die Ombudsbehörde für Menschenrechte Procuraduría de Derechos Humanos (PDH). Die PDH ist zuständig für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte im Land. Zu ihren Aufgaben gehören das Monitoring der Menschenrechtssituation, die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen, Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu Menschenrechten sowie Mediation in Konflikten.

Diese Qualifikationen bringen Sie mit

- Abgeschlossenes Studium der Politik-, Sozial-, Friedenswissenschaften
- Fundierte Kenntnisse zu Menschenrechten und deren Gewährleistung (bevorzugt im lateinamerikanischen Kontext)
- Spezialisierung und/oder angewandte Kenntnisse in: Frieden und Konflikt, Menschenrechte, Mediation und Dialog
- Fundierte Kenntnisse in qualitativen Methoden der Konfliktanalyse und Konfliktsensibilität (Do no Harm, PCA)
- Erfahrung in der Konzeption von Fortbildungen und der Durchführung von Workshops und Seminaren
- Sehr gute Spanischkenntnisse

Folgende Kompetenzen runden Ihr Profil ab

- Berufserfahrung in Lateinamerika bei Ombudsbehörden oder NROs im Bereich Menschenrechte
- Erfahrung in der Organisationsentwicklung und Wissensmanagement
- Erfahrungen in Prozessberatung
- Kenntnisse des Konfliktkontextes in Guatemala
- Gelassenheit und Resilienz

Einsatzzeitraum: 24 Monate (...)

Haben wir Ihr Interesse geweckt, dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung bis zum **06.02.2016**.

Kontakt: Elisabeth Kraus, elisabeth.kraus@giz.de

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6